

Wien, den 14. Oktober 1918.

Geschäftsaufschluss
No. 23.

BAR

91

Edu
Herr Bundespräsident,

22.10.18
14.10.18

In meinem letzten Berichte referierte ich über eine Unterredung mit meinem bulgarischen Kollegen, aus welcher ich noch nachzutragen habe, dass die Deutschen den Bulgaren die Nord-Doorutscha zu vollem Eigentum angeboten haben sollen, aber unter der Bedingung, dass Bulgarien dagegen Deutschland eine wirtschaftliche Vorzugsstellung einräume. Diese Zumutung habe in Sofia viel böses Blut gemacht und er, Toscheff, habe energisch gegen ein solches Abkommen gekämpft, welches Bulgarien zum Vasallen Deutschlands gemacht haben würde. Man sei überhaupt gegen die verbündeten Zentralmächte empört gewesen, die den Export bulgarischer Waren nach den neutralen Ländern (namentlich Tabak und Bier nach der Schweiz und Holland) verhinderten.

Ueber die innere politische Lage höre ich von einem gewöhnlich gut informierten österreichischen Diplomaten, dass die tschechische Frage in den letzten Tagen eine etwas weniger drohende Form angenommen hat indem sich innerhalb der tschechischen Parteien eine Spaltung zu ergeben droht. Die radikalen Elemente, die in letzter Zeit das grosse Wort führen, sind nämlich stark sozialistisch ja bolschewikisch angehaucht und stellen eine Aufteilung des Grundbesitzes in Aussicht. Das tschechische Nationalkomite in Mailand scheint ähnliche Tendenzen zu verfolgen (vergl. Journal de Genève vom 10 Oktober p.3 unten "L'Etat tchèque"). Den Hochadel und die übrigen Grossgrundbesitzern, die bisher (wenn nicht ganz offen, so doch bekanntermassen) frondierten, ergreift nun eine heimliche Angst

An das schweizerische Politische Departement
Abteilung für Auswärtiges, Bern.



um ihr Hab und Gut und es ist anzunehmen, dass sie nunmehr gegen eine völlige Trennung von der Monarchie eintreten werden. Diese Herren verfügen bekanntlich über eine zahlreiche Clientel durch welche sie, so lange sie sie noch in der Hand haben und eine eigentliche Revolution noch nicht ausgebrochen ist, einen ziemlich starken Einfluss ausüben können.

Was Polen anbetrifft, so glaubt mein Gewährsmann, ein Verbleiben Galiziens bei Oesterreich (mit einer gewissen Autonomie) wäre vielleicht nicht ausgeschlossen, wenn dem Königreich Polen an dessen Stelle Lithauen zugeteilt würde. Die Polen hingen mehr an Wilna als an Krakau und Lemberg, die Galizier seien ihnen nicht besonders sympathisch. Ich muss gestehen, dass ich, nach allem was ich von polnischer und galizischer Seite gehört habe, den Hoffnungen meines Freundes etwas skeptisch gegenüberstehe. Auch hier wird wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein. Wenn man mir sagen würde, dass die Polen ausser Galizien auch noch Lithauen haben möchten, dann freilich wäre ich viel gläubiger.

Die Stimmung ist hier bei den ernsten, patriotischen Leuten eine begreiflicherweise ziemlich gedrückte, man fürchtet namentlich, dass Präsident Wilson über die Verhältnisse in der Monarchie ungenügend unterrichtet sei und auf undurchführbare oder wenigstens unhaltbare Lösungen dringe; man sinnt daher auf Mittel und Wege ihn aufzuklären so lange es noch Zeit ist.

Ob die Reise des Grafen Julius Andrassy "als diplomatischer Kurier" in die Schweiz, die ich Ihnen telegraphisch ansagte, etwas zu bedeuten hat, konnte ich noch nicht in Erfahrung bringen. Wie Sie wissen ist Andrassy einer der politischen Führer Ungarns, der Sohn des gleichnamigen Ministers des Äussern und Begründers des Zweibundes. Er galt stets als ein Freund Deutschlands und posierte gerne als dessen Kandidat für das Ministerium des Äussern. Vor allem ist aber Andrassy Ungar und es erschien mir nicht als ausgeschlossen, dass er in einer speziell ungarischen Mission, z.B. um eine sichere Grenze gegen Rumänien zu retten in die Schweiz reiste um irgend welche Verhandlungen anzuknüpfen. Andererseits reist er mit Wissen des Ministeriums des Äussern, denn ich wurde vom Kabinettschef Burians um das diplomatische Visum dringendst angesucht; und er hat

am Tage oder Vortage seiner Abreise eine Audienz beim Kaiser gehabt. An dem Umstände, dass dieser ungarische Magnat bisher als germanophil galt, darf man sich nicht stossen, denn wir erleben es jetzt täglich dass die Leute ihre früheren Sympathien oder Antipathien verleugnen; schön ist dies vielleicht nicht, wenn auch menschlich; Wilson, für den es vor sechs Monaten keine genügend geringschätzigen Epitheta gab, wird jetzt als der einzige vernünftige und zuverlässige Gegner hingestellt, von dem allein ein ~~unverzügliches~~ Friede zu erwarten sei.

Die als definitiv gemeldete Demission des ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Weckerle ist wieder dementiert worden; eine latente Krise besteht aber weiter; in Oesterreich kann sie täglich akut werden und man versichert mir, dass, nachdem gestern ein Rettungsversuch zu Gunsten Hussareks gescheitert sei, könne sie jeden Tag ausbrechen. Wer wird nun wohl der Retter in der Not sein? Es fragt sich sehr ob Professor Lammasch die nötigen Eigenschaften besitzt, um die von einem Unabhängigkeitstaumel erfassten Nationalitäten noch durch irgend ein Band zusammenzuhalten; ob aber andererseits jetzt eine alte parlamentarische Hand wie der Baron von Beck, Präsident des obersten Rechnungshofes und gewesener Ministerpräsident, von dem auch gesprochen wurde, wohl der richtige Mann wäre, möchte ich sehr bezweifeln. Graf Silva Taronca der jetzige Ackerbauminister und schon öfters Kandidat für die Präsidentschaft sowie der böhmische Prinz Lobkowitz werden übrigens auch genannt. Ich meine die Zeit der grossen und kleinen parlamentarischen Kombinationen ist vorbei. Bis Sie diesen Bericht erhalten, wird wohl eine Lösung eingetreten sein.

Graf Burian lässt Gerüchte über seine Demission heute dementieren, es wurde mir aber versichert, dass sie dennoch in Aussicht stehe. Ob Graf Albert Mensdorff der gewesene Botschafter in London, den man als Nachfolger nennen hört, der richtige Mann wäre möchte ich stark bezweifeln. Ich kenne Mensdorff seit unserer gemeinsamen Attachés - Zeit; er ist keineswegs unintelligent aber noch viel weniger ein Genie; ein charmanter Gesellschaftsmensch, angenehmer Causeur und Bridgespieler hat er aber nichts Grosszügiges in sich. In London hatte er eine besonders gute gesellschaftliche Stellung, die er zum guten Teile einer weitläufigen Verwandtschaft mit dem englischen Königshause verdankte; ob diese zarten Fäden genügen würden, die alte

englisch - österreichische Freundschaft wiederherzustellen, möchte ich einstweilen bezweifeln.

Bei Anlass eines Besuches meines dänischen Kollegen frug ich ihn, ob in Folge des kommenden Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Frage des Wiederanschlusses Nord-Schleswigs an Dänemark wohl auch wieder auftauchen würde. Herr von Lerche ist der entschiedenen Meinung, es werde dies nicht der Fall sein. Die dänischsprechende Bevölkerung Nord-Schleswigs wolle wohl ihre eigene Sprache in Kirche und Schule sprechen und pflegen, sie wolle ihre dänische Kultur wahren, weiter giengen aber ihre Begehren nicht; wirtschaftlich sei auch für dieses Bauernvolk die Zugehörigkeit zu Deutschland die vorteilhaftere Lösung. In Dänemark andererseits hat man keinen besondern Wunsch nach einer Wiederangliederung Nord-Schleswigs ; man wünsche allerdings, dass dessen Bewohnern ihre dänische Eigenart gewährleistet werde, ihre politische Gesinnung - es sind zwar sehr liberal denkende aber nicht sozialistische Bauern - wäre auch genehm, aber man giebt sich doch genaue Rechenschaft darüber, dass Preussen dem kleinen Nachbar nicht vergessen würde, wenn er die Notlage des deutschen Reiches benützen würde, um eigene Vorteile zu erringen. Eingedenk des Jahres 1864, in welchem sie von England, Frankreich und Russland schmählich im Stiche gelassen wurden, können die Dänen sich nicht auf diese Mächte zur ewigen Sicherung eines momentanen Gebietszuwachses verlassen. Im Laufe der Zeiten klein geworden, wollen sie was sie noch haben nicht durch eine riskierte Expansionspolitik gefährden.

15. Oktober. Die früher schon immer beachtenswerte "Arbeiterzeitung" verdient selbstverständlich in diesen Zeiten besondere Berücksichtigung. Für den Fall eines Auseinanderfalles des Habsburgerreiches neigt sie zum Anschlusse Deutsch-Oesterreichs an das deutsche Reich. Ganz unverhohlen wird dies heute in beiliegendem Artikel "Selbstbestimmungsrecht und Wirtschaftsgebiet" ausgesprochen. Dass eine solche Lösung für die Schweiz, zum guten Teil auch aus wirtschaftlichen Gründen, nicht ohne grosse Gefahren wäre, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden. Ausser der bedingungslosen Auslieferung des deutsch-österreichischen Wirtschaftsgebietes an die deutsche Industrie, würde durch diese Kombination auch für Schweizerwaren der Weg nach Triest deutschen Eisenbahntarifen unterworfen und somit unser

Export auf diesem Wege unter deutschen Einfluss kommen, ganz abgesehen von der Frage, ob der Hafen Triest seine Staatszugehörigkeit wechseln würde oder nicht. Politisch dürfte es auch kaum in unserem Interesse liegen, durch das deutsche Reich von Bonfol bis zum Stilfser - Joch eingekreist zu sein.

17. Oktober 1918. Heute sind - für wie lange? - die Ministerkrisen in Oesterreich sowohl als in Ungarn überstanden, d.h. die beiden Ministerpräsidenten bleiben vorderhand auf ihrem Platz und man wartet die weiteren Ereignisse ab. Was den Grafen Burian anbetrifft, so weiß ich heute nur so viel, dass Graf Mensdorff, von dem ich Ihnen oben schrieb, selbst die Nachfolge Burians ausgeschlagen haben soll.

Ich telegraфиerte Ihnen heute Morgen, dass eine Proklamation des Kaisers, welche die Umwandlung Oestrreichs in einen Bundesstaat einleitet, für heute angesagt ist. Die Mittagsblätter melden, sie werde um 6 Uhr Abends publik gemacht werden. Besondere Informationen vorbehalten überlasse ich es der Presse. Sie über den weiteren Verlauf der Ereignisse auf dem Laufenden zu erhalten. Es überstürzt sich alles so sehr, dass Berichte über Tatsachen immer verspätet eintreffen müssen.

Was die Friedensangelegenheit betrifft, so möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den beiliegenden Text der gestern und vorgestern den Delegationen vom Grafen Burian gemachten Eröffnungen insofern lenken, als die lobenden Ausserungen des Ministers über den Charakter des Präsidenten Wilson mich in manchem an die Mitteilungen erinnern, die ich ihm seinerzeit über meine Unterredung mit Herrn Minister Sulzer machte. (Vergl. meinen vertraulichen Bericht No. 17 vom 1. September.)

Ich habe Sie telegraphisch angefragt, ob Herr Sulzer schon auf seinen Posten abgereist sei. Es geschah dies, weil ich von einer Seite, welche, obwohl dem Ministerium des Äussern nicht angehörend, doch enge Beziehungen zu demselben hat, angefragt wurde, ob es nicht denkbar wäre, dass jemand im Auftrage des hiesigen auswärtigen Amtes meinem Kollegen zu Händen des Präsidenten, Aufschlüsse über österreichisch-ungarische Verhältnisse erteile, die Herrn Wilson erlauben würden, die Lage in diesen Staaten richtiger zu beurteilen.

Man hat nämlich hier das Gefühl, dass Oesterreich-Ungarn, die cze-chische, polnische und sud-slavische Frage etc. für das amerikanische Staatsoberhaupt ziemlich unbekannte Grössen seien und dass diese Unkenntnis nicht nur eine Gefahr für die Doppel-Monarchie als solche, sondern auch für die Nationen aus denen sie besteht, ja für ganz Europa bildet. Man hätte also gerne eine Gelegenheit gefunden, Herrn Wilson zu informieren. Nachdem, was man von meinem Washingtoner Kollegen gehört hatte, hielt man ihn für eine Person, die geeignet wäre, diese Aufgabe zu übernehmen. Da nun Herr Sulzer schon abgereist ist, fällt die Sache dahin.

Die Nachteile, die eine unrichtige Lösung namentlich des Russischen Problems mit sich bringen kann, sind in der Tat nicht zu unterschätzen. Wie ich nicht nur im Ministerium des Aeußern sondern auch von Polen und Ukrainern höre, sind die Verhältnisse in deren Heimatstaaten keineswegs stabile. Es ist im Gegenteil zu befürchten, dass, wenn die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen sich zurückziehen solange der Bolschewikismus in Russland noch aufrecht steht, die Gesinnungsgegenossen Lenins in Polen, in der Ukraine und auch in Rumänien sehr bald die Oberhand gewinnen würden. Aber die Revolution würde nicht in diesen Ost-Staaten lokalisiert bleiben, sie würde zweifelsohne nach Westen übergreifen und es ist sehr zweifelhaft, ob sie vor den Grenzen der Entente Halt machen würde. Es darf unter diesen Umständen auch von unserem Standpunkte aus der Wunsch ausgesprochen werden, es möchte bei der Regelung der Verhältnisse im Osten nicht nach der reinen Selbstbestimmungstheorie vorgegangen werden, sondern ein die Zukunft ganz Europas berücksichtigender Opportunismus obwalten.

Eine Antwort Wilsons auf das österreichische Friedensangebot scheint noch nicht eingegangen zu sein, obschon gemunkt wurde, deren Publikation werde einfach vorläufig zurückgehalten bis zur Veröffentlichung des kaiserlichen Manifestes über den Bundesstaat. Der Kabinettschef Burians sagte mir gestern, die Antwort sei noch nicht da und sprach auf eine Frage von mir hin die Vermutung aus, dass die Differenzierung im Vergleiche mit Deutschland ~~wohl~~ den Zweck haben dürfte, eine Loslösung der Monarchie von ihrem Verbündeten herbeizuführen. Ich hatte die Diskretion, ihn nicht zu fragen, ob das

gelingen könnte, wenn Sie mich aber nach meiner eigenen Meinung fragen, so muss ich gestehen, dass ich es nicht für möglich halte Oesterreich-Ungarn weiter zum kämpfen zu bringen, wenn nur noch reichsdeutsche Interessen auf dem Spiele stünden. Der Kabinettschef, den ich nach der Bündnistreue der Turkei frug, sagte mir, der dortige neue Minister-Präsident habe diesbezüglich dem k.u.k. Botschafter in Konstantinopel eine absolut einwandfreie Erklärung abgegeben. Ueber den Wert solcher Beteuerungen unter den jetzigen Verhältnissen braucht man sich allerdings keine allzugrossen Illusionen zu machen.

18. Oktober 1918. Von deutscher (diplomatischer) Seite wurde ich gefragt, ob denn die Neutralen es nicht für angezeigt halten würden, einen gemeinschaftlichen Schritt beim Präsidenten Wilson zu unternehmen, um ihn zu bitten, er möchte den Bogen nicht allzu straff spannen und so den Frieden vereiteln. Ein laudiger Friede liege ja ohne jede Rücksicht auf Sympathien, im höchsteigsten Interesse der Neutralen, Deutschland habe doch gezeigt, dass es in weitgehendstem Masse entgegenzukommen gewillt sei, es wäre daher ein Jammer, wenn Wilson bezw. die Entente Bedingungen stellen würde, die für Deutschland einfach unernehmbar wären. Es gebe eine Grenze der Begehrlichkeiten, die nicht überschritten werden dürfe, wenn nicht im deutschen Volke die Ueberzeugung geweckt werden solle, als habe die Entente dessen Untergang geschworen. Komme aber das deutsche Volk zu dieser Ueberzeugung, sehe es, dass ihm nicht nur Elsass-Lothringen entrissen werden soll, sondern dass aus Revanchesucht auch das eigene Land verwüstet, die wirtschaftliche Zukunft vernichtet und die Ehre angetastet werden sollen, dann würde das Land wie zur Zeit der Befreiungskriege einmütig aufstehen und lieber kämpfend zu Grunde gehen, als sich schmachvoll und winselnd dem Gegner zu unterwerfen. Ich bemerkte meinem Freunde, dass ein baldiger Friede gewiss im Interesse aller neutralen Staaten liege, dass aber eine Demarche, wie er sie im Sinne habe, ein sehr heikles Unternehmen sei. Sie, Herr Präsident, seien wie ich bestimmt wisse, stets bemüht, diejenigen Wege zu finden, welche zu einer Beschleunigung des Friedens führen könnten, es sei aber kaum meine Aufgabe, Ihnen diesbezügliche Ratschläge zu erteilen, zumal ich viel weniger als Sie in der Lage sei die Opportunität oder Inopportunität eines solchen Schrittes zu

beurteilen. So viel sei aber sicher, dass, wenn sich die Neutralen an Wilson oder die Entente wenden sollten, es nicht den Anschein haben dürfe, als geschehe dies auf Veranlassung einer der Zentralmächte. Mein Kollege bestätigte übrigens, dass er die Sache auch nur so gemeint habe und dass die Neutralen sich nur auf ihr eigenstes Interesse zu berufen hätten.

Ich habe über diese Unterredung mit meinem deutschen Kollegen ausführlicher berichtet, weil dieser sehr eindringlich sprach und in Einzelheiten einging, ich muss aber hervorheben, dass ich auch in hiesigen massgebenden Kreisen, namentlich auch in solchen, die dem Ministerium des Äussern sehr nahe stehen, der gleichen ~~Zweck~~ Sehnsucht nach einer Intervention der Neutralen begegnet bin und zwar auch im Sinne eines spontan und in eigenem Interesse unternommenen Schrittes. Wenn Sie mir als ganz vertrauliche Begleitung Ihre Ansicht ^{über die Tatschlichkeit der Ausrichtung} eines solchen Schrittes mitteilen wollten, wäre es mir eine wertvolle Richtschnur für mein künftiges Verhalten bei ähnlichen Eröffnungen.

Beiliegend erhalten Sie den offiziellen Text des gestern Abend herausgegebenen Manifestes des Kaisers. Ich lege auch die Proklamation an Armee und Flotte bei.

Wie ich von gutunterrichteter Seite höre, wollte man ursprünglich mit dem Erlass des Manifestes warten, bis die inneren Verhältnisse etwas genauer geordnet wären, man hat sich aber zu einer beschleunigten Publikation entschlossen, um der Entente gegenüber das "praevenire" spielen und mit einem fertigen Selbstbestimmungsrecht der Völker auftreten zu können. Es wurde mir übrigens von der gleichen Seite bestätigt, dass die Tschechen nicht so intransigent seien, als es den Anschein habe. Die Leute seien viel zu klug, als dass sie sich nicht in ihrem Innersten über die Schwierigkeiten Rechenschaft gäben, welche einem zwischen Deutschen und Ungarn eingepferchten kleinen böhmischen Staate erwachsen würden. Es werde jetzt vielfach zum Fenster hinaus gesprochen, eine Verständigung zwischen den österreichischen Völkern sei hingegen noch keineswegs ausgeschlossen. Allerdings sei die Lage gegenwärtig eine schwierige, ja eine gefährliche. Böhmen befindet sich ^{in einem}, wenn auch bis jetzt unblutigen, Revolutionszustände. Auf die Anordnungen der Behörden, (Statthalter, Bezirksauptleute etc.) werde gar keine Rücksicht mehr

genommen, es heisse, eine czechische Anleihe von 500 Millionen Kronen sei in Paris 8 mal, in Amerike 7 mal überzeichnet worden. Am gefährlichsten sei die in Aussicht stehende Verweigerung der Kohlenzufuhr nach Oesterreich, welches doch zum guten Teil auf böhmische Kohle angewiesen sei. Die in der grossen Mehrzahl czechischen Arbeiter und Beamten der böhmischen Bahnen haben es in der Hand, die Kohlenwagen einfach nicht weiterrollen zu lassen. Dies kann in der jetzigen Jahreszeit sehr schlimme Folgen haben und zu Unruhen Anlass geben. Diese Gefahr ist umso grösser, als die Lebensmittelzufuhren stark bedroht sind. Aus der Ukraine und aus Rumänien wird kaum noch etwas kommen und Ungarn weigert sich, irgend etwas zu senden, es sei denn gegen Kohlen. Aber, woher diese Kohlen nehmen? Wenn aus Böhmen dem Hauptproduktionslande keine mehr kommen? Die kleine österreichische Produktion muss man doch für sich selbst behalten. Freilich werden die Ungaren, wenn man ihnen die Kohlenzufuhr ganz sperrt, vielleicht doch mürbe werden. In gewisser Richtung ist man freilich froh, durch die Vollständige Trennung, der lästigen Vormundschaft Ungarns ledig zu sein.

Im ganzen genommen findet das kaiserliche Manifest in der Presse keine sehr gute Aufnahme. Es wird einerseits als verspätet und als Schlag ins Wasser bezeichnet, andererseits als verfrüht weil es die Auflösung des Bestehenden bedeute, bevor etwas anderes an dessen Stelle treten könne. Das Reich zerfalle jetzt und man wisse gar nicht mehr, wer in dessen Namen zu sprechen befugt sei. Die "Neue Freie Presse" spricht von einem "Ministerium Wilson alias Hussarek." In der Tat, man kann sich fragen, ob nicht zu guter letzt Wilson auch als Retter in der Not angerufen wird. Dass eine Zerstückelung Oesterreichs nicht im wohlverstandenen Interesse Europas liege, sollte der Entente klar werden und ist, wenn ich nicht irre auch schon vom "Temps" hervorgehoben worden. Ein in Stücke gegangenes Oesterreich wäre ein gewiss nicht wünschbarer zweiter Balkan. Beiläufig darf ich noch erwähnen, dass mir zugetragen wird, im Vorarlberg sei, für den Fall, dass die Monarchie ganz in die Brüche ginge, eine Stimmung zu Gunsten eines Anschlusses an die Schweiz vorhanden. Diese Stimmung ist nicht neu. Ich erinnere mich wie mir vor ca. 25 Jahren, als ich zur Gemsgärt im Vorarlberg eingeladen war, die Jagdhütter anvertrautem: "Wenn der alte Herr (Kaiser Franz-Joseph) einmal die Augen schliessen werde, da könnte wohl das Reich auseinanderfallen".

und dann wäre es das beste für das Ländchen, wenn es zur Schweiz käme".

Ob eine solche Vergrösserung im wohlverstandenen Interesse der Schweiz läge, wage ich nicht zu entscheiden. Vorarlberg zählt ca. 150,000 Einwohner meist katholischer Konfession und gilt als klerikal gesinnt. (In Feldkirch haben die Jesuiten eine bekannte Erziehungsanstalt errichtet). Die Industrie ist ziemlich bedeutend, teilweise in schweizerischen Händen. Sitten, Sprache und Charakter sind denjenigen der Ostschweizer sehr ähnlich. Gesetzt der Fall aber, daß Vorarlberg wäre uns ein an und für sich nicht unwillkommener neuer eidgenössischer Stand, müssten wir nicht befürchten, dass ihn uns Italien als Kompensation für den Kanton Tessin angerechnet haben möchte?

Die Schweizer Blätter haben gewiss auch Tiszas gestrige Rede wiedergegeben, worin der Satz steht: "Die Zustimmung zu dem Völkerbund und somit des Aufhören des deutschen Bündnisses schliesst durchaus keine Untreue zu unserem deutschen Bundesgenossen in sich." Besteht denn überhaupt noch etwas vom alten Zweibunde nachdem die Czechen und sozusagen sämtliche Slaven, also über die Hälfte Cis-Leithaniens, mehr zur Entente als zu Deutschland neigen?

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der schweizerische Gesandte :

C.D. Bourcart.